

Frau Landesstatthalterin
Dr. Barbara Schöbi-Fink
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, 30. Juni 2022

Ist die Schule wirklich am Ende?

Sehr geehrte Frau Landesstatthalterin,

im Interview mit Vorarlberg LIVE am 22.6.2022 passierte Ihnen ein „Freud`scher Versprecher“, der die aktuelle Schulpolitik treffend widerspiegelt: „Die Schulen neigen sich dem Ende zu“. Sie korrigierten zwar, dass sich das *Schuljahr* dem Ende zuneige und deshalb die üblichen Aufgaben anstünden. Tatsächlich ist aber kaum irgendwo ein größerer Stillstand zu erleben als in der Schulpolitik.

Noch vor kurzem wurde wortreich angekündigt, dass Sie die Schule der 10- bis 14-Jährigen weiterentwickeln wollen.¹ Tatsächlich gibt es aber keinerlei zu erkennende Aktivitäten in diese Richtung. Im Gegenteil: Der Druck auf Lehrkräfte, Eltern und vor allem Kinder, im Zusammenhang mit dem gewünschten Übertritt in ein Gymnasium eine entsprechende Benotung zu erreichen, ist so groß wie nie zuvor.

Vom Bildungsminister – auf dessen Vorschläge die Bildungslandesrätin wartet – kann nicht viel erwartet werden, da er beim Besuch im Ländle einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen eine Absage erteilt hat. Er scheint ohnehin überfordert zu sein und fand als Antwort für die großen Belastungen der Lehrerschaft während der Pandemie lediglich eine Abgeltung für Schuldirektoren. Diese Ankündigung hat schon zu großem Unmut bei den Lehrerinnen und Lehrern geführt. Am meisten enttäuscht sind die Schulleiterinnen und Schulleiter, die einerseits dem Neid im Lehrkörper ausgesetzt sind und zusätzlich noch immer auf die versprochenen 500 Euro warten.

Dabei wäre die Richtung, in die es gehen soll, längst schon festgelegt, wie Sie auch selbst feststellen:

„Der Vorarlberger Landtag hat sich im Juli 2015 in einem von allen Parteien getragenen Beschluss zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Forschungs-

¹ Beantwortung der Anfrage 29.01.300, 13. Juni 2022

projekt zur Weiterentwicklung der Schulen der 10- bis 14-Jährigen ausgesprochen. Damals wie heute war die Zielsetzung ein hoher Bildungsertrag für die Schüler:innen und mehr Chancengerechtigkeit. Von der Vorarlberger Landesregierung wurde im Jänner 2016 mit der Umsetzung der Empfehlungen begonnen.“²

Auf Initiative der SPÖ hat der Vorarlberger Landtag in seiner Sitzung am 2. Februar 2022 zudem mehrheitlich das Folgende beschlossen:

„Der Vorarlberger Landtag bekennt sich zu den Empfehlungen des Forschungsprojekts ‚Schule der 10- bis 14-Jährigen in Vorarlberg‘ und unterstützt das Bestreben der Landesregierung, diese Schritt für Schritt umzusetzen. Ziel ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, damit eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen in Vorarlberg landesweit eingerichtet werden kann. Der Vorarlberger Landtag ersucht in diesem Zusammenhang die Landesregierung, sich zu gegebener Zeit bei der Bundesregierung und den im National- und Bundesrat vertretenden Parteien dafür einzusetzen, dass die zur Umsetzung der Empfehlungen des Forschungsprojekts nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden und die nötigen legislativen Anpassungen erfolgen.“³

Aber seither herrscht in der Schulpolitik auf Bundes- und auf Landesebene Stillstand. Es gibt nur noch Notbetrieb – immer mit der Pandemie als Begründung. Dazu kommen die Schwierigkeiten aufgrund der überlasteten Lehrpersonen, die nicht mehr können und keine Hilfe erhalten. So ist die Personalsituation höchst prekär.

Der Personalmangel ist bei weitem nicht behoben: Es fehlten 200 Lehrpersonen, davon 100 Vollzeitstellen, 5 Schulen sind ohne Schulleiter:innen; besonders eklatant ist der Lehrer:innenmangel an Volksschulen. Man darf auch nicht vergessen, dass die Absolvent:innen der PH nicht als zusätzliche Lehrer:innen in das System kommen – sie sind alle schon im Dienst und nicht NEU im Schulsystem.

Die neue Ressourcenverteilung in den Pflichtschulen sorgt für weierem Unmut unter den Schulleiter:innen. Versprochen wurde eine gerechte und bedarfsorientierte Umverteilung. Im Endeffekt wurde daraus lediglich ein Sparpaket. Einige Schulen haben erhebliche Einbußen und schlussendlich können Schüler:innen nicht mehr bedarfsgerecht gefördert werden.

Die Herausforderungen an den Schulen werden immer größer, Ressourcen und Personalstand hingegen immer kleiner. Wir entfernen uns immer weiter von den hehren Zielen der Landesregierung, die Vorarlberg zu einer Bildungs-Modellregion machen wollte, in der man kein Kind zurücklassen wolle.

Weder die Vorsitzführung der Landeshauptleutekonferenz noch sonstige Initiativen haben ein Signal erkennen lassen, dass tatsächlich nach Lösungen gesucht wird.

² Beantwortung der Anfrage 29.01.192, 1. Juli 2022

³ Beilagennummer 4/2022, 19. Jänner 2022

Um zu erfahren, wie Sie die Qualität des Unterrichts in den Vorarlberger Schulen gewährleisten wollen, stelle ich an Sie gem. § 54 folgende

A N F R A G E :

1. Über welche Abschlüsse verfügen die Pädagog:innen, die im Schuljahr 2021/22 grundsätzlich an Vorarlbergs Pflichtschulen im Dienst sind? (Wir bitten um Auflistung nach Schultypen)
2. Wie viele Lehrpersonen werden voraussichtlich im Schuljahr 2022/23 fehlen und welche Lösungen sind hier vorgesehen?
3. Wie viele Lehrpersonen haben in den Schuljahren 2018/19, 2019/20, 2020/21 sowie im laufenden Schuljahr gekündigt und was waren die jeweiligen Begründungen?
4. Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, um Lehrpersonen, die eine Kündigung eingereicht haben, zum Verbleib im Schuldienst zu motivieren und in wie vielen Fällen und aufgrund welcher jeweiliger Maßnahmen hatten Sie damit Erfolg?
5. Wie viele Personen haben in den letzten fünf Jahren ein Lehramtsstudium für die Primarstufe an der PH Vorarlberg begonnen, wie viele haben es abgeschlossen und wie viele haben das Studium abgebrochen? (Ich bitte um Auflistung der Zahlen für die Schuljahre 2017/2018 bis 2021/2022 je Jahr; für das Jahr 2022/2023 bitte ich um die voraussichtliche Zahl der Absolvent:innen.)
6. Es ist bekannt, dass es auch in den anderen Bundesländern zu Engpässen im Lehrpersonal gekommen ist. Trotzdem wurde versucht, durch finanzielle Anreize wie Zimmerzuschuss und Klimaticket Lehrpersonen aus anderen Bundesländern nach Vorarlberg zu holen. Wie erfolgreich waren diese Werbeaktionen?
7. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, um Schulschließungen oder Klassenzusammenlegungen auf Grund von fehlenden Lehrpersonen zu verhindern?
8. Entspricht es den Tatsachen, dass bisher aktive Schulleiter:innen ihre Leitungsfunktion im kommenden Schuljahr nicht mehr übernehmen wollen? (Bitte um eine genaue Auflistung der Anzahl und der jeweiligen Begründung.)
9. Bei welchen Fächern (Sekundarstufe) gibt es den größten Mangel an fachspezifisch ausgebildeten Pädagog:innen?
10. Welche Lösungen bieten Sie jenen Schulen, in denen es wegen der neuen Ressourcenverteilung zu Einbußen kommt?
11. Wie viele Wochenstunden wurden in welchen Schulstufen bzw. Fächern für das Schuljahr 2021/2022 gekürzt?

12. Was haben Sie unternommen und was ist Ihrerseits geplant, um eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen einzuführen?
13. Im Interview vom 29.6.2022 in der Landesrundschau Vorarlberg wiesen Sie darauf hin, dass sowohl AHS als auch Mittelschulen mit Computern ausgestattet seien und dass die Unterschiede deshalb nicht mehr so groß wären. Obwohl die Hürden für eine Modellregion noch groß seien, sähen Sie – im Gegensatz zu Bildungsminister Polaschek – die Umsetzung als möglich an. Sie meinten, dass es reichen würde, wenn man Schulzweige umbenennen würde:
- a. Wie stellen Sie sich die Umbenennung von Schulzweigen vor? Bitte um genaue Darlegung, welche Schulzweige Sie gemeint haben und wie Sie sich dann die Umsetzung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen vorstellen.
 - b. Welche Schulstandorte haben Sie dabei im Auge?
 - c. Wie stellen Sie sich die Zusammenführung der Lehrpläne vor?
 - d. Wie werden die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen aussehen?
 - e. Wer sind die Schulträger?

LAbg. Manuela Auer

An die Landtagsabgeordnete
Manuela Auer
SPÖ
im Wege der Landtagsdirektion
6900 Bregenz

Bregenz, am 21. Juli 2022

Betreff: Ist die Schule wirklich am Ende?
Anfrage vom 30.06.2022, Zl. 29.01.319

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete,

Ihre gemäß § 54 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages beantworte ich wie folgt:

- Über welche Abschlüsse verfügen die Pädagog:innen, die im Schuljahr 2021/22 grundsätzlich an Vorarlbergs Pflichtschulen im Dienst sind? (Wir bitten um Auflistung nach Schultypen)**

	Volksschulen	Mittelschulen	Sonderschulen	Polytechnische Schulen
Lehramt	1.546	421	72	41
in Ausbildung zum Lehramt	79	9	2	
Hochschulstudium	83	32	16	2
Reifeprüfung	156	36	18	2
sonstiger Abschluss	57	4	4	

- Wie viele Lehrpersonen werden voraussichtlich im Schuljahr 2022/23 fehlen und welche Lösungen sind hier vorgesehen?**

Insgesamt fehlen an den Schulen in Vorarlberg derzeit noch 32 Lehrpersonen. Zur Behebung dieser Engpässe werden verschiedene Maßnahmen gesetzt: Anstellung von Quereinsteiger/innen, Wiedereinsteiger/innen, Lehramtsstudierenden und Pensionist/innen, Erhöhung von Beschäftigungsausmaßen, Stundenumschichtungen, Mehrdienstleistungen.

3. Wie viele Lehrpersonen haben in den Schuljahren 2018/19, 2019/20, 2020/21 sowie im laufenden Schuljahr gekündigt und was waren die jeweiligen Begründungen?

Da Lehrpersonen nicht verpflichtet sind, den Kündigungsgrund anzugeben, werden diesbezüglich auch keine Aufzeichnungen geführt. Es werden daher die unterschiedlichen Austrittsgründe angeführt.

Gründe	2021/22			
	2018/19	2019/20	2020/21	(bis 31.12.21)
Dienst-/Berufs-/Erwerbsunfähigkeit	17	15	9	14
Einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses	2	6	4	12
Fristlose Entlassung	0	2	0	0
Kündigung Dienstgeber	8	15	13	10
Kündigung Dienstnehmer/in	79	97	102	24
	106	135	128	60

Die Zahlen ab 01.01.2022 werden seit der Umstellung auf das neue Abrechnungsprogramm in SAP erfasst. Allerdings ist ein Großteil der Austritte zum 31.08.2022 noch nicht eingetragen, weshalb hier vorerst nur ein Teilüberblick gegeben werden kann.

4. Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, um Lehrpersonen, die eine Kündigung eingereicht haben, zum Verbleib im Schuldienst zu motivieren und in wie vielen Fällen und aufgrund welcher jeweiliger Maßnahmen hatten Sie damit Erfolg?

Entscheidend ist die Phase vor der Einreichung einer Kündigung. Kündigungsabsichten werden in der Regel bereits vor der Abgabe einer schriftlichen Erklärung geäußert. Hier sind alle Verantwortlichen bemüht, je nach Grund der beabsichtigten Kündigung, von Seiten der Schulleitung, des Schulqualitätsmanagements, der Personalstelle der Bildungsdirektion und auch der Personalvertretung Überzeugungsarbeit zu leisten. Darüber hinaus sind Lehrpersonen aber nicht verpflichtet, den Grund ihrer Kündigung anzuführen bzw. wird es vielfach auch nachvollziehbare Beweggründe für ein Ausscheiden geben.

5. Wie viele Personen haben in den letzten fünf Jahren ein Lehramtsstudium für die Primarstufe an der PH Vorarlberg begonnen, wie viele haben es abgeschlossen und wie

viele haben das Studium abgebrochen? (Ich bitte um Auflistung der Zahlen für die Schuljahre 2017/2018 bis 2021/2022 je Jahr; für das Jahr 2022/2023 bitte ich um die voraussichtliche Zahl der Absolvent:innen.)

Bachelor Lehramt Primarstufe				
	Beginn	Abschluss Neu	Abschluss Alt	Abbruch
2017/2018	64		10	12
2018/2019	55		54	11
2019/2020	60	56	1	12
2020/2021	95	41		14
2021/2022	65	geschätzt 50		13
Voraussichtliche Abschlüsse 2022				
Lehramt Primarstufe Bachelorstudium		Ca. 35 Absolventen/innen		
Lehramt Primarstufe Masterstudium		ca. 15 Absolventen/innen		

Anmerkung: Abschluss Alt: = 3-jähriges Studium
Abschluss Neu: = 5-Jähriges Studium

Die Verlängerung des Studiums von 3 auf 5 Jahre hatte, laut Auskunft der Pädagogischen Hochschule für Vorarlberg, weder langfristige Auswirkungen auf die Anzahl der Studienanfänger, noch auf die Anzahl der Absolvent*innen.

Im ersten Pandemiejahr war einmalig eine deutlich höhere Anmeldezahl zu verzeichnen.

Die Abbrecherquote liegt bei konstant bei rund 22 %. Abbrüche des Studiums ergeben sich auf Grund folgender Faktoren: krankheitsbedingt, Wegzug aus dem Bundesland, Übertritt in das Studium der Sekundarstufe, Änderung des Berufsziels.

Mit dem neu gestartete kooperativen „Fernstudium Primarstufe“, das gemeinsam mit der PH OÖ durchgeführt wird und ausschließlich berufstätige Personen, die älter als 25 Jahre sind, anspricht, werden heuer zusätzlich 25 Studierende (nächstes Jahr 50) das Studium der Primarstufe beginnen. Mit diesem gänzlich berufsbegleitenden Studium wird eine vollständig andere Personengruppe sehr erfolgreich adressiert.

6. Es ist bekannt, dass es auch in den anderen Bundesländern zu Engpässen im Lehrpersonal gekommen ist. Trotzdem wurde versucht, durch finanzielle Anreize wie Zimmerzuschuss und Klimaticket Lehrpersonen aus anderen Bundesländern nach Vorarlberg zu holen. Wie erfolgreich waren diese Werbeaktionen?

Der erhöhte Mietkostenzuschuss (€ 180,- pro Monat) sowie das Klimaticket können ab dem Schuljahr 2022/23 in Anspruch genommen werden. Im Schuljahr 2021/22 bekommen insgesamt 27 Lehrpersonen den Mietkostenzuschuss und die Entschädigung für Heimfahrten.

7. Welche Maßnahmen haben Sie geplant, um Schulschließungen oder Klassenzusammenlegungen auf Grund von fehlenden Lehrpersonen zu verhindern?

Zur Vermeidung der beschriebenen Szenarien werden Prioritäten bei der Verteilung von Neueinstellungen gesetzt. So wird äußerste Zurückhaltung bei Anträgen auf Karenzurlaub, Sabbatical und Herabsetzung der Lehrverpflichtung geübt sowie das Instrument der einvernehmlichen Versetzung angewendet. Mit dem Einsatz von Lehramtsstudierenden, pensionierten Lehrkräften, Quereinsteiger/innen und Lehrpersonen aus dem benachbarten Ausland sowie aus anderen Bundesländern sollte der benötigte Personalstand erreicht werden.

8. Entspricht es den Tatsachen, dass bisher aktive Schulleiter:innen ihre Leitungsfunktion im kommenden Schuljahr nicht mehr übernehmen wollen? (Bitte um eine genaue Auflistung der Anzahl und der jeweiligen Begründung.)

Zehn Schulleiter/innen legen ihre Leitungsfunktion im kommenden Schuljahr zurück, sie möchten aber als Lehrperson weiterhin unterrichten. Auch für sie gilt, dass der Grund für die Zurücklegung nicht bekannt gegeben werden muss. Aus Gesprächen über die Nachfolgeregelung haben sich als wesentliche Beweggründe die hohe Belastung (Corona, Lehrermangel, administrativer Aufwand) oder gesundheitliche Gründe, aber auch die Suche nach einer neuen Herausforderung an einer anderen Schule oder z.B. in der pädagogischen Beratung herauskristallisiert.

9. Bei welchen Fächern (Sekundarstufe) gibt es den größten Mangel an fachspezifisch ausgebildeten Pädagog:innen?

Den größten Bedarf im Pflichtschulbereich gibt es im Besonderen im Pflichtgegenstand Deutsch, aber auch in Mathematik, Englisch, Ernährung und Haushalt, Informatik, Werken, Physik, Chemie und Musik stehen kaum Bewerber/innen zur Verfügung. Im Bundesschulbereich sind v.a. Informatik, Bildnerische Erziehung, Werken, Musik, Mathematik, Kaufmännische und Technische Fächer betroffen.

10. Welche Lösungen bieten Sie jenen Schulen, in denen es wegen der neuen Ressourcenverteilung zu Einbußen kommt?

11. Wie viele Wochenstunden wurden in welchen Schulstufen bzw. Fächern für das Schuljahr 2021/2022 gekürzt?

Die Fragen 10 und 11 werden gemeinsam beantwortet:

Die neue Ressourcenzuteilung ist kein Sparpaket. Es wird damit eine – auch von Bildungssprecher/innen und Klubobleuten – anerkannte Gleichbehandlung der einzelnen Schulen erreicht. Die neue Ressourcenzuteilung hat als Grundlage die Schüler/innenzahl. Obwohl in Summe die Zahl der Stunden je Schulart dieselbe ist wie im vergangenen Schuljahr, lassen die ersten Berechnungen für das kommende Schuljahr kleinere Verschiebungen innerhalb der Schulart erwarten. Schulen mit erschwerten Rahmenbedingungen bekommen zusätzliche Stunden über einen Sozialindex, Schulen mit vielen Kindern mit SPF bzw. mit besonderen Herausforderungen erhalten zusätzliche Ressourcen im Bereich Assistenz bzw. für besondere Klassensettings.

Die genauen Zuteilungen erfolgen im September. Hier setzt auch eine weitere Vergleichsrechnung mit den beiden vergangenen Schuljahren an; das heißt, es wird innerhalb der Schulart beobachtet, in welche Richtung Verschiebungen stattgefunden haben. Sollte es Schulen geben, die unverhältnismäßig große Verluste gegenüber den Jahren zuvor (bei gleichbleibender Schülerzahl und entsprechend den zusätzlichen Herausforderungen) haben, können Korrekturen ad hoc vorgenommen werden bzw. müssen die Berechnungsgrundlagen für die Zukunft justiert werden. Im Schuljahr 2021/22 wurden alle im Lehrplan vorgesehenen Stunden gehalten.

12. Was haben Sie unternommen und was ist Ihrerseits geplant, um eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen einzuführen?

13. Im Interview vom 29.6.2022 in der Landesrundschau Vorarlberg wiesen Sie darauf hin, dass sowohl AHS als auch Mittelschulen mit Computern ausgestattet seien und dass die Unterschiede deshalb nicht mehr so groß wären. Obwohl die Hürden für eine Modellregion noch groß seien, sähen Sie – im Gegensatz zu Bildungsminister Polaschek – die Umsetzung als möglich an. Sie meinten, dass es reichen würde, wenn man Schulzweige umbenennen würde:

- a. Wie stellen Sie sich die Umbenennung von Schulzweigen vor? Bitte um genaue Darlegung, welche Schulzweige Sie gemeint haben und wie Sie sich dann die Umsetzung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen vorstellen.**
- b. Welche Schulstandorte haben Sie dabei im Auge?**
- c. Wie stellen Sie sich die Zusammenführung der Lehrpläne vor?**
- d. Wie werden die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen aussehen?**
- e. Wer sind die Schulträger?**

Die Fragen 12 und 13 werden gemeinsam beantwortet:

Der Vorarlberger Landtag hat sich im Juli 2015 in einem von allen Parteien getragenen Beschluss zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Forschungsprojekt zur Weiterentwicklung der Schulen der 10- bis 14-Jährigen ausgesprochen. Damals wie heute war die Zielsetzung ein hoher Bildungsertrag für die Schüler/innen und mehr Chancengerechtigkeit. Von der Vorarlberger Landesregierung wurde im Jänner 2016 mit der Umsetzung der Empfehlungen begonnen.

Mit dem Bildungsreformgesetz 2017 hat der Nationalrat geregelt, unter welchen Bedingungen eine Modellregion – in Vorarlberg oder auch einem anderen Bundesland – zustande kommen kann. Diese Regelung sieht für jeden Schulstandort in einer Modellregion die Zustimmung der Erziehungsberechtigten (einfache Mehrheit der Erziehungsberechtigten von mehr als einem Drittel der Schüler/innen) sowie der Lehrpersonen (einfache Mehrheit bei einer Lehrerkonferenz, an der zwei Drittel der Lehrpersonen der betreffenden Schule teilgenommen haben) vor. Diese Hürden sind sehr hoch. Die Expert/innen haben daher eine Reihe von Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Schule der 10- bis 14-Jährigen formuliert, diese finden sich auch im Regierungsprogramm. Die Erkenntnisse des Forschungsprojekts werden nicht nur sehr ernst genommen, sondern seit 2017 auch engagiert im eigenen Wirkungsbereich umgesetzt.

Die Entwicklung konzentriert auf jene vorgeschlagenen Maßnahmen, die in Vorarlberg auf Landesebene umsetzbar sind und die den Schulen der Sekundarstufe I unmittelbar zugutekommen. Dazu gehören fundierte Analysen zu Stärken und Entwicklungspotenzialen an den Schulen, ein Rahmen für standortbezogene Pädagogische Konzepte, Angebote zur Personal- und Unterrichtsentwicklung, Begleitung und Unterstützung bei Schulentwicklungsprozessen,

besondere Unterstützung für Schulen mit großen Herausforderungen und die Stärkung der Kompetenzen im Umgang mit Heterogenität.

Die Maßnahmen der Expert/innen stammen aus dem Jahr 2016, dazwischen liegen nun auch über zwei Jahre Pandemie, welche die Schulen zusätzlich gefordert haben, trotzdem wurde an diesem Programm weitergearbeitet. Das Rad der Zeit hat sich ebenfalls weitergedreht. In der Zwischenzeit wurden Maßnahmen gesetzt, von denen die Expert/innen noch nicht gesprochen haben, die aber als genauso wichtig erachtet werden, um den Schulen eine gute Entwicklungsmöglichkeit zu geben.

Ein überaus wichtiges Anliegen ist der Ausbau der Administrativen Entlastung im Pflichtschulbereich. Ab dem kommenden Schuljahr wird die Unterstützung des Landes Vorarlberg für die einzelnen Schulen von rund 42.500 auf 82.500 Verwaltungsstunden erhöht. Das erfordert eine Anhebung des dafür vorgesehenen Budgets auf insgesamt 2,2 Mio. Euro. Die für die Administration genehmigten Stunden stehen ab September für Verwaltungs- bzw. Sekretariatspersonal zur Verfügung. Damit nähern sich die Bedingungen der Mittelschulen an jene der AHS-Unterstufe an. Das gibt es in keinem anderen Bundesland in Österreich. Die Kosten werden in vollem Umfang durch das Land Vorarlberg übernommen.

Es gibt noch weitere Bemühungen, die unternommen werden, um die Mittelschulen zu stärken. Hier sind vor allem die Digitalisierung und der Zugang zu Digitaler Bildung zu nennen.

Ich möchte klarstellen, dass ich nicht gesagt habe, dass es reichen würde, Schulzweige umzubenennen, sondern dass ich keine Diskussionen über Schilder an Schulen führen möchte. Wir haben starke Mittelschulen. Die Frage, ob hier Umbenennungen vorgenommen werden sollen, stellt sich nicht – das kann am Ende des Prozesses stehen. Im Moment geht es vielmehr darum, dass wir die Schulen stärken und ihnen weitere Möglichkeiten zur Entwicklung geben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Barbara Schöbi-Fink